

Professor heißt: „öffentlich Bekennender“

Die Verantwortung des Betreuers ersetzt nicht die Eigenverantwortung des Betreuten

Interview mit Prof. Dr. sc. Harry Pfeifer, Sektion Physik

UZ: Worin bestehen die neuen Dimensionen bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Lehre und Forschung an den wissenschaftlichen Einrichtungen und bei der Entwicklung junger Wissenschaftler, die in der Lage sind, Leitungsaufgaben in den Kombinat und Betrieben zu übernehmen?

Prof. Pfeifer: 1980 hat sich gegenüber 1979 der Bestand an Mathematikern und Naturwissenschaftlern in der DDR mehr als verdoppelt, in quantitativer Hinsicht liegen wir mit an der Spitze in der Welt. Das heißt, wir werden uns in den 80er Jahren auf die Weiterbildung dieser Kader und auf die Intensivierung der Ausbildung zu orientieren haben.

UZ: Wesentliche Bedeutung hat dabei die Bestenförderung...

Prof. Pfeifer: Ja, sicher. Neben der allgemeinen Qualitätssteigerung müssen wir gerade der Bestenförderung erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Ihr Ziel ist die Entwicklung von fachlich hervorragenden Kadern, die einen festen Klassenstandpunkt be-

sitzen und die durch international beachtete Höchstleistungen der DDR-Wissenschaft auf ausgewählten Gebieten eine führende Position verschaffen. Wenn wir Worte wie „herausragend“ und „international führende Position“ wirklich ernst nehmen – und dazu sind wir objektiv angehalten – kann die Bestenförderung einerseits zu keiner Massenaktion werden und andererseits müssen wir in Kauf nehmen, daß die Skala der Anforderungen differenzierter ist als für die Mehrheit der auszubildenden Kader. Natürlich ist es gut, auf allen Gebieten gleichmäßig den Anforderungen zu genügen, aber das hat nichts mit der besonderen Eignung für die Erbringung höchster Leistungen zu tun. Damit ich richtig verstanden werde: Ich bin gegen jede Reduzierung der Anforderungen im betreffenden Fach. Die in der Hauptprüfung nachzuweisenden Kenntnisse müssen vorhanden, die entsprechenden Fähigkeiten durch die Absolvierung der Praktika entwickelt sein. Das ist das

Minimum. Ich bin genauso gegen jeden Versuch, Abstriche bei der Forderung nach einem festen Klassenstandpunkt und der absoluten politischen Zuverlässigkeit zu machen. Aber sekundär sind alle anderen Anforderungen!

UZ: Wäre ein Programm der Bestenförderung dafür eine geeignete Maßnahme?

Prof. Pfeifer: Auf keinen Fall. Es kann sich hier immer nur um Einzelfälle handeln, die einer individuellen Regelung bedürfen. Was wir machen müssen, ist, daß die talentierten jungen Wissenschaftler zu den besten Hochschullehrern gehen und ihnen weitgehende Vollmachten eingeräumt werden, damit sie ihre Verantwortung, auf die der Minister in seinem Referat zur V. Hochschulkonferenz ausdrücklich hinwies, auch nachkommen können. Wenn der Hochschullehrer im Hinblick auf die Betreuung kontrolliert werden muß, dann ist es der falsche Mann.

Man sollte zunächst möglichst viele Studenten einbeziehen und mit Hilfe der Lehrkollektive in den ersten Studienjahren den Kreis immer enger fassen, bis eine Zuordnung zu einzelnen Hochschullehrern möglich ist. Dann die Betreuung übernehmen. Ob diese Betreuung nach einiger Zeit abgebrochen wird oder ob sie zu Sonderregelungen führt, wie z. B. zu einem Sonderstudienplan oder zum vorzeitigen Beginn der Arbeiten an einer Dissertation, das muß dem Hochschullehrer überlassen bleiben. Dafür hat er die volle Verantwortung. Sein Geschick wird darin bestehen, zunächst solche Aufgaben und Probleme zu finden, an denen sich der Nachwuchswissenschaftler beweisen kann, ihm nicht alle Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, ihm aber dort wirklich zu helfen, wo ein Hindernis für ihn unüberwindlich wird.



Prof. Dr. Harry Pfeifer (Bild links).

Fotos: Archiv (2)/Faksimile aus ND

„Geschichte ist unser Ein und Alles“

Zur Einführung in das Studium der Geschichte, Potsdam 1979 / Lehrmaterial zur Ausbildung von Diplomlehrern Geschichte, 166 S., Hrsg. von K. Adamy, H.-O. Gericke, G. Katsch und W. Staude

„Geschichte ist unser Ein und Alles und wird von uns höher gehalten als von irgendeiner anderen, früheren philosophischen Richtung“, schrieb bereits 1844 der junge Engels. Es ist anerkannt, daß ausgewählte Hochschullehrer, die jungen Adepten ihrer Wissenschaft mit einem Lehrmaterial ausstatten, das ihr Vorrecht und Vergnügen, die Geschichte zu studieren, außerdem zu einer erfolgreichen Sache machen soll.

Damit könnte man in allgemeinen die Angelegenheit auf sich beruhen lassen, wenn uns nicht der Beschluß des Politbüros des ZK der SED zu den Aufgaben der Hochschulen und die Hochschulkonferenz von 1979, noch genauer jeden Punkt zu wagen, der uns im Verständnis der dort aufgeworfenen Fragen und Probleme, z. B. zur Hochschulreife, voranbringen kann.

Das vorliegende Lehrmaterial erhebt den Anspruch, der Erhöhung der Effektivität einer Lehrveranstaltung, die im 1. Studienjahr liegt, zu dienen.

Es muß u. E. – und dies wird wohl für alle Wissenschaftsdisziplinen gelten – deshalb nicht nur

schlechthin zur Stoffvermittlung beitragen, sondern didaktisch gut aufgebaut sein sowie das Interesse und die Liebe zum Studium und Beruf entwickeln helfen.

Der Band enthält zunächst eine Anzahl von Auszügen aus Werken von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin zur Begründung des historischen Materialismus. Vielleicht wäre es günstig gewesen, einige Problemstellungen beizufügen, unter denen die Klassiker befragt und ihr Herangehen an die Untersuchung der Geschichte festgestellt werden könnten. Eine z. B., wie die Klassiker selbst in ihren Werken die Einheit der Bestandteile unserer wissenschaftlichen Weltanschauung realisiert haben. Auszüge aus Beiträgen über die Bedeutung der Werke der Klassiker für die Wissenschaftsdisziplin und deren Arbeitsmethoden schließen sich an. Leider vermißt man aber einige markante Belege, wie Historiker beispielhaft die marxistische Theorie in ihren einzelwissenschaftlichen Arbeiten umgesetzt haben. Offensichtlich ist die Ehrfurcht vor den Kollegen manchmal größer als die vor den Klassikern.

Gutes Studium heißt heute mehr

den je, die Erfordernisse der künftigen Praxis mit zu bedenken, heißt, beim künftigen Hochschulkader die Fähigkeit auszubilden, selbständig sich das wachsende Wissen anzueignen, weiterzugeben und zu seiner Mehrung beizutragen. Die Herausgeber lenken die Studenten durch Vermittlung von Dokumenten der SED zur Geschichtswissenschaft, von Materialien und Beiträgen zur sozialistischen Schulpolitik, zum Gegenstand, zur Gliederung und zur Funktion der Geschichtswissenschaft darauf, welche hohen Ansprüche die Gesellschaft an ihre Wissenschaftsdisziplin stellt. Natürlich kann man dem Herausgebern nicht den Vorwurf machen, daß sie dies oder jenes nicht mit aufgenommen haben.

Es bleibt zu überlegen, ob nicht solche Lehrbücher und Materialien von vornherein in der Weise aufgebaut sein sollten, daß sie den Stoff, der unbedingt während des Studiums angeeignet werden muß, von solchen Abschnitten abheben, die mehr Zusätze, Ergänzungen zum Nachschlagen während der Berufsarbeit darstellen. Was letzteres angeht, so könnte man sich vorstellen, daß z. B. weitere Dokumente nicht ediert, wohl aber genannt würden. Etwa die Richtlinien zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte (Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 1. Juni 1979) oder das Rahmenprogramm für Arbeitsgemeinschaften der Klassen 8 und 10 (Gesellschaftswissenschaften/Ausgewählte Bereiche der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung), Berlin 1970. Auch orientierende Materialien zur Regionalgeschichte könnte so zugänglich gemacht werden.

Bernrd Rüdiger

Aus anderen Universitäten

Oberseminar als Mittel zur Bestenförderung

Technische Hochschule Merseburg: Als Mittel zur Bestenförderung hat sich an der Sektion Wirtschaftswissenschaften ein Oberseminar in der Fachrichtung Sozialistische Betriebswirtschaft bewährt. Damit realisierte die Sektionsleitung einen Vorschlag der FDJ-Studenten, der in Vorbereitung der V. Hochschulkonferenz unterbreitet wurde. In der Veranstaltung wird nicht nur Stoff vermittelt, sondern hauptsächlich über die verschiedenen Auffassungen zu einzelnen Erkenntnissen diskutiert.

FDJ-Studentenzirkel erarbeitet EDV-Programm

Martin-Luther-Universität Halle: Der FDJ-Studentenzirkel „Territoriale Rationalisierung“ der Sektion Wirtschaftswissenschaften erarbeitet gegenwärtig ein EDV-Programm für die Städte Halle und Halle-Neustadt. Es ermöglicht Betrieben und Einrichtungen des Territoriums, EDV-Anlagen und EDV-Programme rationaler auszunutzen und den Informationsfluß zu beschleunigen.

Elektrofotografie für Volkswirtschaft nutzen

Technische Hochschule Magdeburg: Die Erschließung neuer Einsatzgebiete sowie die bessere volkswirtschaftliche Nutzung der Elektrofotografie standen im Mittelpunkt der 4. Fachtagung Elektrofotografie an der TH „Otto von Guericke“. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit der Chemischen Gesellschaft der DDR organisiert. Der Einladung folgten 120 Fachleute aus Wissenschaft und Praxis aus der DDR sowie Experten aus anderen RGW-Ländern. In 49 Vorträgen gaben Wissenschaftler verschiedener Disziplinen sowie Vertreter der Industrie einen Einblick in den gegenwärtigen Forschungsstand.

Fachkader lernen die Praxis früh kennen

Technische Universität Dresden: Mit Beginn des Jahres 1980 wurde im WB Arbeitsökonomie der Sektion 23 ein neues Lehrgebiet „Aufgaben der Arbeitsökonomie im sozialistischen Betrieb“ eröffnet. Es dient insbesondere dazu, die zukünftigen arbeitsökonomischen Fachkader bereits im 2. Semester mit ihren späteren beruflichen Tätigkeiten vertraut zu machen und damit zur stärkeren Ausprägung der Motivation für die Berufswahl beizutragen. Das Lehrgebiet schließt mit einem vierwöchigen Betriebspraktikum ab.

Gefragt war der beste Strukturanalysierer

Martin-Luther-Universität Halle: Die Sektion Chemie veranstaltete unlängst einen Wettstreit der Beststudenten der Chemiektionen der DDR im Fachgebiet Stoff- und Strukturanalyse. Der informelle Titel „Beste Strukturanalysierer der DDR“, um den 14 Studenten aus 7 Universitäten und Hochschulen kämpften, ging an einen Studenten der TH Merseburg. Diese erste Veranstaltung ihrer Art wurde ein voller Erfolg, da sie nicht nur dem Leistungsvergleich, sondern auch der Stimulierung der Leistungen der Studenten dient und soll wegen der vielfältigen Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und der Menge der vermittelten Anregungen unbedingt wiederholt werden.

400 Kommilitonen im Studentenaustausch

Friedrich-Schiller-Universität Jena: Kernstück der Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen sind an der Jenenser Uni die Freundschaftsverträge mit Universitäten in Minsk, Tbilisi, Budapest, Krakow, Trnovo, Iasi, Pristina und Presov. Eine besondere Form der internationalen Beziehungen mit Partnern in den sozialistischen Ländern ist der Studentenaustausch, an dem jährlich etwa 400 Studenten beteiligt sind. Weitere Kooperationsvereinbarungen gibt es mit den Universitäten von Aden, Mosul, Maputo und Nizza.

DER TAGESSPIEGEL
Arbeitslosigkeit auf höchstem Stand seit fünf Jahren
 Besorgnis über hohen Anteil von Jugendlichen und Frauen

Arbeitslosigkeit **Handelsblatt**
Ein trauriger Rekord an Rhein und Ruhr **DIE WELT**
Noch nie so viele Arbeitslose an Rhein und Ruhr
Frankfurter Allgemeine
 Bundesanstalt: Die Unternehmen sollen mehr kurzarbeiten lassen

Was ist Arbeitslosenunterstützung? Wer zahlt sie? Inwiefern wird damit die Reproduktion der Arbeitslosen als potentielle Arbeitskraft gesichert?

Wovon lebt ein Arbeitsloser in der BRD?

Eine politökonomische Betrachtung

Der BRD-Wirtschaftsminister Lamsdorf spricht gegenwärtig von 1,3 Millionen amtlich registrierten Arbeitslosen für das Jahr 1981. Das wären etwa 30 Prozent mehr Erwerbslose, welche auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind, als 1980.

Die Arbeitslosenunterstützung ergibt sich anteilig aus einem Versicherungsbeitrag, den der Arbeiter während seiner Berufstätigkeit und der Unternehmer für die bei ihm tätigen Arbeitskräfte zu zahlen hat. Für den Arbeiter ist dieser Beitrag eine Lohnsumme, die ihm nicht für die Reproduktion seiner Arbeitskraft zur Verfügung steht. Somit ist auch der Nichtarbeitlose allein aus der Gefahr einer eventuellen Arbeitslosigkeit negativ betroffen.

Der durch die Gewerkschaften erkämpfte Beitragssatz der kapitalistischen Unternehmer bedeutet für diese eine Einschränkung ihres Profits. Es ist eine bestimmte Art der Profitverwendung, die der individuellen Kapitalverwertung verlorengeht, für die Verwertungsbedürfnisse des gesellschaftlichen Gesamtkapitals jedoch notwendig ist. Dem Kapitalisten erscheinen diese Ausgaben als Kosten. Sie sind aber keine Kosten im Sinne des kapitalistischen Verwertungsprozesses, da sie weder als konstantes Kapital (Kauf von Produktionsmitteln), noch als variables Kapital (Kauf von Arbeitskräften) verausgabt werden, sondern, um hier mit dem von Karl Marx gebrauchten Begriff zu sprechen, „faux frais“ (falsche Kosten – d. V.). Bereits damals erkannte Karl Marx, daß die Bourgeoisie es verstand, diese anfallenden Kosten auf die verschiedenen Arten der Arbeiterklasse und der Mittelschichten abzuwälzen. Betrachtet man heute den Umverteilungsmechanismus der Staatshaushalte in den kapitalistischen Ländern, kommt man zum gleichen Resultat. Dies läßt den Schluß zu, daß die Arbeitslosenunterstützung in erster Linie ein von der Arbeiterklasse selbst finanziert Versicherungsbeitrag ist, der ihr im Falle der Arbeitslosigkeit wieder ausgezahlt wird. Die Vergabe dieser letztlich von der Arbeiterklasse geschaffenen Mittel ist an verschiedenen Bedingungen geknüpft, die ständig erweitert werden. Arbeitslosenunterstützung bekommt z. B. in der BRD, wer mindestens 6 Monate vor der Arbeitslosigkeit berufstätig und beim Arbeitsamt gemeldet war. In diesen Fällen wird die Arbeitslosenunterstützung im Höchstfall ein Jahr gezahlt. Ein großer Teil jugendlicher Arbeitsloser, welcher nach Abschluß der Schul- bzw. Berufsausbildung zunächst keine Arbeitsstelle erhielt, so- nicht auch nicht die erforderlichen 6 Monate nachweisen kann, ausländische Arbeitskräfte, die aus den verschiedensten Gründen nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind, bzw. mit- helfende Ehefrauen, welche auf Grund der Arbeitslosigkeit ihrer Männer eine Arbeit suchen, aber auch die erforderlichen 6 Monate nicht nachweisen können, fallen aus dem Berechtigungskreis für Arbeitslosenunterstützung heraus.

Die genannten Gründe sind u. a. auch die Ursache dafür, daß die eigentlichen Arbeitslosenzahlen weit über den amtlich registrierten liegen. Für diejenigen jedoch, die Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, beträgt diese etwa 68 Prozent des ausgefallenen Nettolohnes. Hier sollten all diejenigen, welche ausgehend von der absoluten Höhe der Arbeitslosenunterstützung diese als ausreichend bzw. sozial charakterisieren, bedenken, daß dem Betroffenen etwa 32 Prozent weniger Geld für die Reproduktion seiner Person und seiner Familie zur Verfügung stehen; die Befriedigung der Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie jedoch nur mittels des vollausgezahlten Arbeitslohnes möglich ist. Oder anders ausgedrückt, eine Arbeiterfamilie, die vor der Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Zeitschnitt mit 1000 DM ihren Lebensunterhalt bestreiten konnte, muß von heute auf morgen mit 600 DM auskommen, und dies bei gleichbleibenden oder sogar erhöhten Wohnungsmieten, Nahrungsmittelpreisen, Fahrpreisen, Benzin- und Koholpreisen u. a. m. Hinzugefügt werden muß, daß ein großer Teil der betroffenen Arbeitslosen nicht einmal diese Arbeitslosenunterstützung erhält. Gelingt es dem Arbeitslosen nämlich nicht, in der Jahresfrist erneut Arbeit zu finden, muß er einen Antrag auf Gewährung von Arbeitslosenhilfe stellen. Er erhält dann nur noch 50 Prozent des Nettolohnes. Aber auch die werden nur gezahlt, wenn nicht die sogenannte „Bedürfnisklausel“ angewendet werden kann. Wenn danach z. B. Kinder oder Ehepartner eigenes Einkommen besitzen, sind sie verpflichtet, den betroffenen Arbeitslosen zu unterstützen und es wird keine Arbeitslosenhilfe gezahlt. In allen Fällen, ob bei Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenhilfe oder wenn Arbeitslose keine Unterstützung erhalten, verlieren die Betroffenen oft jeden sozialen Kontakt. Sie fühlen sich als Außenseiter, als Versager bzw. Menschen, die anderen zur Last fallen. Hoffungslosigkeit, Zukunftsangst, Alkohol, Rauschgiftsucht und nicht zuletzt Selbstmord sind Folgen der Arbeitslosigkeit. All dies sollte auch genannt werden, wenn man über Arbeitslosigkeit im Kapitalismus spricht und feststellen kann, daß der real existierende Sozialismus diese Geißel der Menschheit beseitigt hat.

Dr. Klaus Dietze, Sektion Wirtschaftswissenschaften

Das Zitat

Die österreichische großbürgerliche Zeitung „Die Presse“ schreibt: „Wollte man die Arbeitslosigkeit in den EG-Staaten auf dem gegenwärtigen Stand von über sieben Millionen einfrühen, wäre ein Wirtschaftswachstum von 4,2 Prozent nötig. Angesichts der tristen ökonomischen Aussichten kann das nur ein frommer Wunsch bleiben.“